



Geschäftszeichen

Wolfenbüttel, den 21. Juli 2008

N i e d e r s c h r i f t

über die 10. Sitzung des XVI. gewählten Kreistages

-öffentlicher Teil-

Sitzungstermin:	Montag, 07.07.2008
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	19:34 Uhr
Ort, Raum:	Landkreis Wolfenbüttel, Bahnhofstr. 11, 38300 Wolfenbüttel, großer Sitzungssaal

Teilnehmerinnen/Teilnehmer

Kreistagsvorsitzender

Hasselmann, Rainer

CDU-Fraktion

Aust, Karl Otto
Bötel, Bernhard
Dinter, Ilona
Großer, Elke
Heinisch, Dirk
Hopert, Horst
Jahn, Ernst-Henning
Koch, Manfred
Lagosky, Uwe
Löhr, Norbert
Lorenz, Dieter
Mühlenkamp, Ralf
Oesterhelweg, Frank

Rautmann, Dirk
Schäfer, Uwe
Seidenkranz, Gerhard
Siebert, Britta
Vogler, Birgit
von Veltheim, Alexander
Wolf, Hans-Heinrich
Wolff, Michael

Vorsitzender der CDU-
Kreistagsfraktion

stellv. Landrat

ab TOP 14

SPD-Fraktion

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung (§§ 38 und 42 NLO)
3. Genehmigung der Niederschrift über die 9. Sitzung des XVI. gewählten Kreistages am 26. Mai 2008
4. Anfragen
 - 4.1. Einwohnerfragestunde (§ 18 GO)
 - 4.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern (§ 15 Abs. 2 GO)
5. Regiebetrieb Tiefbau Landkreis Wolfenbüttel, Jahresabschlussprüfung 2007
Vorlage: XVI-351/2008
6. Ernennung des Kreisbrandmeisters, des Brandschutzabschnittsleiters Ost und des stellv. Brandschutzabschnittsleiters Ost
Vorlage: XVI-354/2008
7. Regiebetrieb Gebäudewirtschaft Landkreis Wolfenbüttel, Jahresabschlussprüfung 2007
Vorlage: XVI-355/2008
8. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion auf Erstellung eines lokalen Klimaschutzkonzeptes
Vorlage: XVI-370/2008
9. Vereinbarung über die Erhebung von Entgelten im Rettungsdienst für die Jahre 2008 und 2009
Vorlage: XVI-371/2008
10. Anpassung der Entgeltordnung der Volkshochschule im Bildungszentrum Landkreis Wolfenbüttel
Vorlage: XVI-374/2008
11. Anpassung der Honorarordnung der Volkshochschule im Bildungszentrum Landkreis Wolfenbüttel
Vorlage: XVI-375/2008
12. Abfallwirtschaftsbetrieb Landkreis Wolfenbüttel, Jahresabschlussprüfung 2007
Vorlage: XVI-376/2008
13. Beschluss über die Jahresrechnung 2005 des Landkreises Wolfenbüttel und über die Jahresabschlüsse 2005 des Nettoregiebetriebes Gebäudewirtschaft und des Regiebetriebes Tiefbau sowie Entlastung für das Haushaltsjahr 2005
Vorlage: XVI-379/2008
14. Einrichtung eines Schulkostenfonds
Vorlage: XVI-385/2008
15. Festlegung der Handlungsschwerpunkte für das Jahr 2009
Vorlage: XVI-386/2008
16. Wahl einer Ersten Kreisrätin/eines Ersten Kreisrates
Vorlage: XVI-387/2008

17. Unterrichtung durch den Landrat über wichtige Angelegenheiten (§ 57 Abs. 4 NLO)

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzender Hasselmann eröffnet um 18.00 Uhr die 10. Sitzung des XVI. gewählten Kreistages und heißt die Erschienenen herzlich willkommen.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung (§§ 38 und 42 NLO)

Vorsitzender Hasselmann stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die 9. Sitzung des XVI. gewählten Kreistages am 26. Mai 2008

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig bei einer Enthaltung nachstehenden

Beschluss:

Die Niederschrift über die 9. Sitzung des XVI. gewählten Kreistages am 26.05.2008 wird genehmigt.

TOP 4 Anfragen

TOP 4.1 Einwohnerfragestunde (§ 18 GO)

Einwohner Schwarze, Mitarbeiter des Jugendwerks der Arbeiterwohlfahrt, fragt, inwiefern in der Schachanlage Asse II die Standsicherheit gegeben sei und ob eine von der Schachanlage ausgehende Gesundheitsgefährdung für die Nutzer des Asse-Jugendzeltlagers ausgeschlossen werden könne.

Landrat Röhmann antwortet, dass die derzeit über die Medien kommunizierten Meldungen mit der Asse-Begleitgruppe weitestgehend abgestimmt seien. Die jüngsten Berichte seien beunruhigend. Die Standsicherheit werde zur Zeit wissenschaftlich begutachtet. Ein Ergebnis sei bis Ende August 2008 zu erwarten. Selbiges werde alsdann auch der Öffentlichkeit mitgeteilt. Eine aus der Schachanlage Asse II resultierende Gesundheitsgefährdung für die Nutzer des Asse-Jugendzeltlagers könne ausgeschlossen werden. Kein seriöses Gutachten habe gegenwärtige Gefährdungen für die Anwohner und die Umgebung der Schachanlage festgestellt.

TOP 4.2 Anfragen von Kreistagsmitgliedern (§ 15 Abs. 2 GO)

KAbg. Wolf berichtet, dass die Aufschaltung von Brandmeldeanlagen auf die Feuerwehrleitstelle durch die Konzessionsvergabe an ein Unternehmen erfolge. Derjenige der seine Brandmeldeanlage auf die Feuerwehrleitstelle aufschalten wolle, müsse die durch das konzessionierte Unternehmen festgelegten Preise akzeptieren. Die Stadt Salzgitter habe nunmehr ein weiteres Unternehmen konzessioniert. Die Folge seien deutliche Preisminderungen. KAbg. Wolf fragt, ob der Landkreis Wolfenbüttel Überlegungen anstelle, ähnlich wie die Stadt Salzgitter zu verfahren. Falls dies der Fall sei bitte er um Auskunft, zu welchem Zeitpunkt eine weitere Konzession vergeben werde. Soweit entsprechende Planungen bisher nicht angestrengt worden seien, sollte geprüft werden, ob es nicht vernünftig sei, entsprechendes anzustreben.

Landrat Röhmann antwortet, dass der Landkreis Wolfenbüttel den entsprechenden Anbieter im Zuge der Einrichtung der Integrierten Regionalleitstelle mit dem Landkreis Peine und der Stadt Braunschweig aus technischen Gründen gewechselt habe. Für die Nutzer von Brandmeldeanlagen seien hierbei keine Mehrkosten entstanden.

KAbg. Oesterhelweg stellt dar, dass viele Gemeinden aus Gründen des Klimaschutzes und aufgrund ökonomischer Erwägungen bemüht seien, auf gemeindlichen Gebäuden Photovoltaikanlagen zu installieren. Er fragt, ob der Landkreis Wolfenbüttel als Kommunalaufsicht bereit sei, den Gemeinden für vorgenannte Maßnahmen Haushalts- und Kreditgenehmigungen auch dann zu gewähren wenn sich die Haushaltslage als kritisch darstelle.

Landrat Röhmann entgegnet, dass ihm kein Fall bekannt sei in dem entsprechende Genehmigungen versagt worden seien. Grundsätzlich gelte, dass der Landkreis die Kommunen, die in regenerative Energien investierten, großzügig begleiten würde. Hierbei müsse jedoch die Wirtschaftlichkeit der geplanten Maßnahme auch im Zusammenhang mit der finanziellen Gesamtlage der Kommune betrachtet werden.

KAbg. Oesterhelweg fragt, ob der Landkreis Wolfenbüttel in dem Konfliktfeld zwischen Umwelt- und Denkmalschutz hinsichtlich der Errichtung von Photovoltaikanlagen auf gemeindlichen Gebäuden zur Erzielung ökologisch und ökonomisch sinnvoller Kompromisse bereit sei.

Landrat Röhmann antwortet, dass eine dahingehende Diskussionsbereitschaft bestehe. In einigen Einzelfällen seien bereits entsprechende Kompromisse erzielt worden.

KAbg. Wolf führt aus, dass das Bundesumweltministerium ein Klimaschutzimpulsprogramm zur Förderung von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen aufgelegt habe. Jene Anlagen leisteten einen Beitrag zur Reduzierung von CO₂-Immissionen und zur Einsparung von Energiekosten. Fördergegenstände seien u.a. Wohngebäude, Gewerbebetriebe, Schulen, Hotelbetriebe, Altenheime und Sportstätten. KAbg. Wolf fragt, ob es bereits Untersuchungen des Landkreises Wolfenbüttel gebe, bei welchen Betrieben der Einsatz dieses Förderinstrumentes sinnvoll sei und wie insgesamt mit diesem Thema umgegangen werde.

Landrat Röhmann entgegnet, dass zwei Mitarbeiter der Landkreisverwaltung an einer entsprechenden Informationsveranstaltung in Berlin teilgenommen hätten. In diesem Zusammenhang bestehe die Absicht, das Projekt „Cle[WF]er - modernisieren“ auszuweiten. Gegebenenfalls werde dieses Vorhaben auf die Projektregion Braunschweig GmbH übertragen. Ob landkreiseigene Gebäude für das in Rede stehende Förderprogramm in Frage kämen, werde im Rahmen der durch den Regiebetrieb 23 durchgeführten energetischen Untersuchungen geprüft. Ferner bestehe ein weiteres Förderprogramm, welches sich mit dem Ziel an Kommunen in finanzieller Notlage richte, dass selbige ihre öffentlichen Gebäude energetisch sanierten. Hier sei eine Drittelfinanzierung von Bund, Land und jeweiliger Kommune vorgesehen. Letztere hätten jedoch Probleme, ihren Drittelanteil

aufzubringen. Der Landkreis Wolfenbüttel plane, hierbei unterstützend tätig zu werden. Nähere Erläuterungen würden im Rahmen der Haushaltsberatungen erfolgen.

KAbg. Wolf ergänzt, dass bis Ende September 2008 Zuschussanträge für das Klimaschutzimpulsprogramm gestellt werden müssten.

**TOP 5 Regiebetrieb Tiefbau Landkreis Wolfenbüttel,
Jahresabschlussprüfung 2007
Vorlage: XVI-351/2008**

KAbg. Gerndt erläutert die Vorlage Nr. XVI - 351/2008.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

- 1.) Es wird zur Kenntnis genommen, dass das Rechnungsprüfungsamt den Jahresabschluss zum 31.12.2007 und den hierzu erstellten Lagebericht des (optimierten) Regiebetriebes Tiefbau Landkreis Wolfenbüttel geprüft und im hierzu erstellten Prüfbericht einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt hat.
- 2.) Der Jahresgewinn 2007 des Regiebetriebes Tiefbau Landkreis Wolfenbüttel in Höhe von 251.686,69 € wird an den Haushalt des Landkreises Wolfenbüttel abgeführt.

**TOP 6 Ernennung des Kreisbrandmeisters, des
Brandschutzabschnittsleiters Ost und des stell.
Brandschutzabschnittsleiters Ost
Vorlage: XVI-354/2008**

KAbg. Gerndt erläutert die Vorlage Nr. XVI - 354/2008.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Gemäß § 20 Abs. 4 des Niedersächsischen Gesetzes über den Brandschutz und die Hilfeleistungen der Feuerwehren (NBrandSchG) vom 08. März 1978 (Nds. GVBl. S. 233) ergehen folgende Beschlüsse

1. Der Kreisbrandmeister Karl-Heinrich Schwieger, wohnhaft in 38173 Evessen, Schöppenstedter Str. 14, wird unter Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis für die Amtszeit von 6 Jahren mit Wirkung der Aushändigung der Ernennungsurkunde zum Kreisbrandmeister ernannt.
2. Der Erste Hauptbrandmeister Klaus Bähr, wohnhaft in 38321 Denkte-Sottmar, Neindorfstr. 4c, wird unter Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis für die Amtszeit von 6 Jahren mit Wirkung der Aushändigung der Ernennungsurkunde zum Brandschutzabschnittsleiter für den Brandschutzabschnitt Ost und gleichzeitig zum Stellvertreter des Kreisbrandmeisters für den Brandschutzabschnitt Ost ernannt.
3. Der Erste Hauptbrandmeister Dieter Heine, wohnhaft in 38173 Sickte, Sattlerweg 3, wird

unter Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis für die Amtszeit von 6 Jahren mit Wirkung der Aushändigung der Ernennungsurkunde zum stellvertretenden Brandschutzabschnittsleiter für den Brandschutzabschnitt Ost ernannt.

Landrat Röhmann verliest die Ernennungsurkunden der Herren Bähr und Heine und händigt selbige aus. Daraufhin führt er die Vereidigung des Brandschutzabschnittsleiters Bähr und des stellvertretenden Brandschutzabschnittsleiters Heine durch.

Landrat Röhmann dankt dem bisherigen Brandschutzabschnittsleiter Steckhan für sein langjähriges Engagement.

**TOP 7 Regiebetrieb Gebäudewirtschaft Landkreis Wolfenbüttel,
Jahresabschlussprüfung 2007
Vorlage: XVI-355/2008**

KAbg. Heinisch erläutert die Vorlage Nr. XVI - 355/2008.

Ohne Aussprache erfolgt nachstehende

Kenntnisnahme:

Es wird zur Kenntnis genommen, dass das Rechnungsprüfungsamt den Jahresabschluss zum 31.12.2007 und den hierzu erstellten Lagebericht des (optimierten) Regiebetriebes Gebäudewirtschaft des Landkreises Wolfenbüttel geprüft und im hierzu erstellten Prüfbericht einen eingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt hat.

Sodann fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

- 1.) Der Jahresverlust 2007 des Regiebetriebes Gebäudewirtschaft Landkreis Wolfenbüttel wird in Höhe des Aufwandes aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens des Grundstückes und der Gebäude der Wilhelm-Busch-Schule Cremlingen einschließlich der Sporthalle in Höhe von 661.587,76 € aus dem kameralen Haushalt ausgeglichen, da dies wirtschaftlich nicht dem Regiebetrieb Gebäudewirtschaft angelastet werden kann. Der übrige Jahresverlust wird auf neue Rechnung vorgetragen.
- 2.) In die Bilanz des Regiebetriebes Gebäudewirtschaft Landkreis Wolfenbüttel wird ein Betrag in Höhe von 5.000.000,00 € aus Mitteln der allgemeinen Rücklage des Betriebes in das Stammkapital eingestellt.

**TOP 8 Antrag der SPD-Kreistagsfraktion auf Erstellung eines lokalen
Klimaschutzkonzeptes
Vorlage: XVI-370/2008**

KAbg. Gerndt erläutert die Vorlage Nr. XVI - 370/2008.

KAbg. Hensel berichtet, dass die SPD-Fraktion den zur Beratung stehenden Antrag bereits im April 2008 eingebracht habe. Dieser ziele darauf ab, dass der Landkreis Wolfenbüttel einen Beitrag zur Reduzierung des Ausstoßes von Treibhausgasen leisten solle. Bundesweit müsse der CO₂-Ausstoß von 11 auf 2 Tonnen pro Einwohner reduziert werden, um zur Vermeidung einer mehr als zwei Grad betragenden Klimaerwärmung beizutragen. Die entsprechenden Bemühungen des Landkreises Wolfenbüttel sollten auf Basis eines systematisch geplanten und wissenschaftlich gestützten lokalen Klimaschutzkonzeptes erfolgen. Der damit vorgegebene Rahmen solle gleichermaßen die Stadt Wolfenbüttel, die Einheitsgemeinde Cremlingen und die Samtgemeinden animieren, die gegebenen Anregungen umzusetzen. Auch die Zweckverbandsversammlung des Zweckverbandes Großraum Braunschweig habe einen fraktionsübergreifenden Beschluss gefasst, der die Kommunen im Großraum auffordere, an der Erstellung eines regionalen Konzeptes zu Energie und Klimaschutz mitzuwirken. Schon jetzt sei die Landkreisverwaltung mit mehreren Projekten, z.B. „Cle[WF]er modernisieren“, in dieser Angelegenheit sehr engagiert. Hierfür danke er dem Dezernenten Schillmann und seinen zuständigen Mitarbeitern ausdrücklich. KAbg. Hensel fährt fort, dass er sich eine weitergehende Empfehlung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen und Sicherheit gewünscht habe. Es seien alle Kreistagsfraktionen dazu aufgerufen, Ideen und Beiträge für den durch die Verwaltung zu erstellenden Konzeptentwurf einzubringen. Das Konzept solle unter anderem eine Aussage dazu treffen, wie sich die lokale Treibhausgasbilanz und deren Auswirkungen darstellten. Gleichsam sollten Minderungsszenarien aufgezeigt werden. Das künftige umweltorientierte Handeln des Landkreises Wolfenbüttel müsse sich aus dem Konzept ergeben. Die Verwaltung möge prüfen, ob für die Erstellung und Realisierung von Klimaschutzkonzepten Fördermittel eingeworben werden könnten. Als Partner bei der Bewältigung dieser Aufgabe seien die Stadt Wolfenbüttel und der Zweckverband Großraum Braunschweig zur Mitarbeit eingeladen.

KAbg. Lagosky merkt an, dass der Landkreis Wolfenbüttel einen sinnvollen Beitrag zum Klimaschutz leisten könne. Dies sei in den letzten Jahren auf Betreiben aller Kreistagsfraktionen bereits mehrfach im Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen und Sicherheit diskutiert worden. Die Konsequenz dessen sei die nunmehr zur Beratung stehende Aufstellung eines Klimaschutzkonzeptes. Jedoch werde der Landkreis Wolfenbüttel die globalen Klimaprobleme nicht alleine lösen können. Dies suggeriere jedoch der Antrag der SPD-Fraktion. Derzeit fehle zunächst eine Übersicht der bereits durchgeführten klimaschutzrelevanten Maßnahmen und ein Plan der künftig angestrebten Beiträge. Künftig müssten somit die Baumaßnahmen des Landkreises Wolfenbüttel und seiner kreisangehörigen Städte, Samtgemeinden und Gemeinden unter dem Gesichtspunkt des Klimaschutzes bilanziert werden. Schon bei kleineren Maßnahmen, wie dem Austausch eines Fensters, könnten mitunter CO₂-Reduzierungen festgestellt werden. KAbg. Lagosky hebt hervor, dass er die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen und Sicherheit ausdrücklich begrüße. Sie enthalte zwar den Auftrag, ein Klimaschutzkonzept zu entwickeln, berücksichtige aber gleichsam, dass dies nur im Rahmen der bestehenden Ressourcen des Landkreises Wolfenbüttel erfolgen könne. Als Beispiel bereits bestehender Klimaschutzprojekte des Landkreises sei „Cle[WF]er modernisieren“ als hervorragende Erstberatungsplattform für den Energieverbraucher zu nennen. Der Gesamtproblematik müsse mit energieeffizientem Handeln auf privater und gewerblicher Ebene begegnet werden. Er rege an, die kreisangehörigen Kommunen abzufragen, welche Maßnahmen mit positiven Auswirkungen auf den Klimaschutz seit dem Jahre 2001 bereits durchgeführt worden seien. Des weiteren sollten im Klimaschutzkonzept Praxisbeispiele anderer Kommunen für klimaschutzrelevante und wirtschaftliche Maßnahmen angeführt werden. So ließen sich die Ziele Haushaltskonsolidierung und Klimaschutz sinnvoll miteinander verknüpfen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Der Landrat wird beauftragt, zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen und Sicherheit am 01.09.2008 einen Vorschlag für ein sinnvolles und geeignetes Klimaschutzkonzept zu erarbeiten. Hierbei ist der Kontakt zu weiteren Kommunen und Verbänden aufzunehmen. Diese sind eventuell mit einzubinden. Die Mitglieder des

Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen und Sicherheit werden die Verwaltung mit Vorschlägen und Anregungen unterstützen.

**TOP 9 Vereinbarung über die Erhebung von Entgelten im Rettungsdienst für die Jahre 2008 und 2009
Vorlage: XVI-371/2008**

KAbg. Gerndt erläutert die Vorlage Nr. XVI – 371/2008.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Der Vereinbarung über die Erhebung von Entgelten im Rettungsdienst für den Rettungsdienstbereich des Landkreises Wolfenbüttel für die Jahre 2008 und 2009, wie sie sich in ihrem Wortlaut aus der Anlage zur Vorlage Nr. XVI-371/2008 ergibt, wird zugestimmt.

**TOP 10 Anpassung der Entgeltordnung der Volkshochschule im Bildungszentrum Landkreis Wolfenbüttel
Vorlage: XVI-374/2008**

KAbg. Aust erläutert die Vorlage Nr. XVI – 374/2008.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig bei einer Stimmenthaltung nachstehenden

Beschluss:

Die Entgelte der VHS für den Programmbereich „Zweiter Bildungsweg“ werden ab 01.08.2008 wie folgt geändert:

Hauptschule pro Kurs	248,00 Euro
Realschule pro Kurs	508,00 Euro

Die Entgeltordnung für die Veranstaltungen der Volkshochschule, zuletzt geändert am 16.07.2007, wird in dem die Volkshochschule betreffenden Teil – Ziff. 2 Nr. 2 entsprechend geändert.

**TOP 11 Anpassung der Honorarordnung der Volkshochschule im Bildungszentrum Landkreis Wolfenbüttel
Vorlage: XVI-375/2008**

KAbg. Aust erläutert die Vorlage Nr. XVI – 375/2008. Er weist insbesondere auf die Anlage zur vorgenannten Vorlage hin, die unter Berücksichtigung der Streichung des unter Ziffer 2 Abs. 1 bei „18,00 €“ aufgeführten Unterpunktes „Zweiter Bildungsweg (Schulabschlusskurse)“ zur Beschlussfassung stehe.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die Honorare der Volkshochschule für den Programmbereich „Zweiter Bildungsweg“ werden ab 01.08.2008 wie folgt geändert:

Das Honorar beträgt für Kurse im Programmbereich „Zweiter Bildungsweg“ 20,00 Euro für eine Unterrichtsstunde (45 Minuten). Die Honorarordnung für die Unterrichtstätigkeit in der Volkshochschule im Bildungszentrum Landkreis Wolfenbüttel, zuletzt geändert am 16.07.2007, wird in Ziff. 2 Abs. 1 entsprechend geändert.

**TOP 12 Abfallwirtschaftsbetrieb Landkreis Wolfenbüttel,
Jahresabschlussprüfung 2007
Vorlage: XVI-376/2008**

KAbg. Polzin erläutert die Vorlage Nr. XVI – 376/2008.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

- 1) Der mit Prüfbericht der WIBERA Wirtschaftsberatungs AG vom 16.04.2008 geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2007 des Abfallwirtschaftsbetriebes Landkreis Wolfenbüttel und der Lagebericht werden festgestellt.
- 2) Der Bilanzgewinn von 223.877,38 € wird als Eigenkapitalverzinsung 2007 gemäß § 7 Abs. 5 Eigenbetriebsverordnung an den Haushalt des Landkreises Wolfenbüttel abgeführt.
- 3) Der Werksleitung des Abfallwirtschaftsbetriebes wird gem. § 30 Eigenbetriebsverordnung für das Wirtschaftsjahr 2007 Entlastung erteilt.

**TOP 13 Beschluss über die Jahresrechnung 2005 des Landkreises
Wolfenbüttel und über die Jahresabschlüsse 2005 des
Nettoregiebetriebes Gebäudewirtschaft und des Regiebetriebes
Tiefbau sowie Entlastung für das Haushaltsjahr 2005
Vorlage: XVI-379/2008**

KAbg. Heinisch erläutert die Vorlage Nr. XVI – 379/2008.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag mit 47 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und einer Stimmenthaltung nachstehenden

Beschluss:

1. Gemäß § 65 NLO in Verbindung mit § 101 NGO wird die Jahresrechnung 2005 des Landkreises Wolfenbüttel beschlossen und dem Landrat für das Haushaltsjahr 2005 Entlastung erteilt.
2. Gemäß § 1 EinrVO-Kom in Verbindung mit § 101 NGO wird der Jahresabschluss 2005 des Nettoregiebetriebes Gebäudewirtschaft beschlossen und dem Landrat für das Haushaltsjahr 2005 Entlastung erteilt.

3. Gemäß § 1 EinrVO-Kom in Verbindung mit § 101 NGO wird der Jahresabschluss 2005 des Regiebetriebes Tiefbau beschlossen und dem Landrat für das Haushaltsjahr 2005 Entlastung erteilt.

TOP 14 Einrichtung eines Schulkostenfonds

Vorlage: XVI-385/2008

KAbg. Oesterhelweg erläutert die Vorlage Nr. XVI – 385/2008.

KAbg. Oesterhelweg argumentiert im Namen der CDU-Fraktion, dass die Zahl von 2.000 hilfebedürftigen Schülern im Landkreis Wolfenbüttel wahrhaft bedrückend sei. Bildung sei Lebensgrundlage und Ausgangsbasis für eine berufliche Zukunft sowie Bedingung für eine gedeihliche Entwicklung aller jungen Menschen. Die Bundesregierung komme ihren sozialgesetzgeberischen Verpflichtungen nicht nach. Wieder einmal müssten die Kommunen einspringen um die Versäumnisse des Bundes zu kompensieren. Jedoch helfe eine Diskussion über Zuständigkeiten in keiner Weise den betroffenen Kindern. Trotzdem müsse der Kreistag den Bund deutlich auf die sozialstaatlichen Missstände und Mängel hinweisen. Er sei erfreut, dass auch die CDU-Kreistagsfraktion im Jahre 2007 den Vorschlag zur Errichtung eines Schulkostenfonds eingebracht habe. Dieses Thema sei im Kreistag seinerzeit kontrovers diskutiert worden. Umso mehr sei die nunmehr bestehende Einmütigkeit hervorzuheben. Die gewährten Hilfen müssten unbürokratisch abgewickelt und vor Missbrauch geschützt werden. Die Gewährung monetärer Leistungen könne nicht garantieren, dass den Kindern tatsächlich geholfen werde. Es sei jedoch entscheidend, dass diese davon profitierten. Ferner sollten komplizierte Antragsverfahren vermieden werden. Alle Kinder des Landkreises Wolfenbüttel sollten, soweit dem berechtigten Personenkreis angehörig, an dem Schulkostenfonds teilhaben. Daher appelliere er an die kreisangehörigen Gebietskörperschaften, sich ebenfalls an dem Schulkostenfonds zu beteiligen, selbst wenn dies bei einigen aus haushalterischer Perspektive problematisch erscheine. Der Curt Mast Jägermeister Stiftung sei ausdrücklich für die Bereitstellung einer beträchtlichen Summe gedankt. Die Beteiligung weiterer Unternehmen und Institutionen sei wünschenswert. Denn wer heute in Bildung investiere, der investiere bereits in zukünftige Nachwuchs- und Fachkräfte. Abschließend bitte er um Unterstützung der Beschlussempfehlung des Kreisausschusses.

KAbg. Wolff betritt den Sitzungssaal.

KAbg. Oberländer drückt aus, dass die zur Beratung stehende Vorlage den Aufbruch des Landkreises Wolfenbüttel in der kardinalen Frage der Bekämpfung von Kinderarmut dokumentiere. Nichts sei schlimmer als Kinderarmut im Landkreis Wolfenbüttel. Die Fehlleistungen der Bundesregierung an dieser Stelle müssten ausgeglichen werden. Dies sei in finanzieller Hinsicht nicht einfach, schaffe jedoch eine große Solidarität für Kinder im Landkreis Wolfenbüttel, zu der gemeinsam aufgerufen werden müsse. Die zur Beratung stehende Vorlage habe viele geistige Urheber im Landkreis Wolfenbüttel. Insbesondere sei hierbei der runde Tisch Kinderarmut in der Stadt Wolfenbüttel zu nennen, der Beträchtliches geleistet habe und noch weitere Leistungen erbringen werde. Der vorgenannte Aufbruch gewährleiste den Erfolg des Schulkostenfonds, der schnell wirksam werden solle. So dürften nicht nur Ankündigungen erfolgen. Vielmehr müsse tatsächliches Handeln ersichtlich sein. Jugend-, Sozial- und Schulpolitiker könnten sich dieser guten Vorlage anschließen und sollten in ihren jeweiligen Bereichen für den Schulkostenfonds werben. Die SPD-Fraktion stimme der Beschlussempfehlung gern zu.

KAbg. Försterling weist auf den ergänzenden Antrag der FDP-Fraktion zu Mittagsverpflegung hin. Selbiger würde hinfällig, wenn in der Umsetzung des Fonds eine Bezuschussung der Mittagsverpflegung an allen Schulen mit Ganztagsangeboten im Landkreis Wolfenbüttel Berücksichtigung finden werde. Die FDP-Fraktion werde der vorliegenden Beschlussempfehlung zustimmen.

Landrat Röhmann stellt dar, dass er von den kreisangehörigen Samtgemeinden und von der Einheitsgemeinde Cremlingen trotz problematischer Haushaltslagen einen finanziellen Beitrag zum Schulkostenfonds erwarte, um mit der diesbezüglichen Einigkeit ein deutliches politisches Signal gegenüber der zuständigen Bundesregierung zu setzen. Der bundesseitige Verzicht auf die Gewährung einmaliger Leistungen für Lernmittel und ähnliches dürfe nicht akzeptiert werden. Selbst wenn die SGB II – Regelsätze angehoben würden, könne keine Problemlösung sichergestellt werden, da nicht erkennbar wäre ob die Mittel tatsächlich zum Wohle der Kinder eingesetzt würden. Die Einrichtung eines Schulkostenfonds sei von mehreren Ideengebern angeregt worden. Die Initialzündung sei letztlich durch das großzügige Angebot der Curt Mast Jägermeister Stiftung, einem solchen Fonds 50.000 Euro zuzuführen, erfolgt. Der Antrag der FDP-Kreistagsfraktion zur Mittagsverpflegung solle in der Abwicklung des Schulkostenfonds berücksichtigt werden. Kürzlich habe es bereits eine Zusammenkunft zur Erstellung eines unbürokratischen Planungsrahmens gegeben, an der u.a. Schulleiter, Vertreter des Runden Tisches Kinderarmut, Vertreter der Wohlfahrtsverbände und der kreisangehörigen Kommunen teilgenommen hätten. Der Fonds solle bereits zu Beginn des Schuljahres 2008/2009 wirksam werden. Während der vorbezeichneten Zusammenkunft, über deren Ergebnisse die Schulen bereits informiert worden seien, sei folgendes festgelegt worden: Aus dem Fonds sollten in nachstehender Priorität Lernverbrauchsmittel, Exkursionen die nicht über einen Tag hinausgehen und anteilig die Mittagsverpflegung in Ganztagschulen gefördert werden. Anspruchsberechtigt seien Schülerinnen und Schüler, die im Landkreis Wolfenbüttel wohnen oder beschult würden, soweit sie bedürftig im Sinne der Beschlussempfehlung seien bzw. im Ermessen der Schulleitungen aus Familien in wirtschaftlicher Notlage stammen, ohne die expliziten Anspruchskriterien zu erfüllen. Die erforderlichen Mittel sollten den Schulen, die alles weitere abwickeln könnten, zur Verfügung gestellt werden. Unter Hinzuziehung der Beteiligten werde nunmehr ein detailliertes Konzept erarbeitet. Der Landkreis Wolfenbüttel sei einhellig gebeten worden, die Federführung in der Administration des Fonds zu übernehmen. Landrat Röhmann merkt an, dass er hoffe, dass zur Förderung von Lernmitteln nicht jedes Jahr 125.000 Euro aus dem Kreishaushalt und weitere Beiträge aus den kreisangehörigen Gebietskörperschaften entrichtet würden. Hinsichtlich der Mittagsverpflegung könne hingegen eine dauerhafte Teilfinanzierung des Landkreises angenommen werden, auf die dieser stolz sein könne.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

1. Der Landkreis Wolfenbüttel beteiligt sich an einem Schulkostenfonds, aus dem zugunsten bedürftiger Schülerinnen und Schüler des Landkreises Wolfenbüttel Zuschüsse für unter anderem Lernmittel, eine gemeinsame Mittagsverpflegung bei der Wahrnehmung von Ganztagsschulangeboten, Tagesausflüge u.ä. gewährt werden.
2. Der Landkreis Wolfenbüttel bezuschusst den Schulkostenfonds mit einem Betrag i.H.v. 125.000 Euro. Die für das Haushaltsjahr 2008 erforderlichen Haushaltsmittel i.H.v. 80.000 Euro werden außerplanmäßig im Verwaltungshaushalt bereitgestellt und durch Mehreinnahmen bei der Haushaltsstelle 90000.04100 (Schlüsselzuweisung) gedeckt. Der Restbetrag i.H.v. 45.000 Euro ist im Budgetplan für das Haushaltsjahr 2009 bereitzustellen.
3. Die Erstellung eines Konzeptes über den organisatorischen Ablauf der Bezuschussung und über die Festlegung von Förderkriterien erfolgt unter Beteiligung
 - der Schulen im Landkreis Wolfenbüttel,
 - der Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände im Landkreis Wolfenbüttel,
 - der mittelbereitstellenden Kommunen und
 - der Curt Mast Jägermeister StiftungAls Basiskriterien zur Bedarfsfeststellung gelten:
 - Hartz IV Leistungen
 - Sozialhilfe
 - Grundsicherung (SGB II)
 - Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

- Wohngeld
 - Kindergeldzuschlag
4. Die Verteilung der aus dem Schulkostenfonds bereitgestellten Mittel erfolgt über die Schulleitungen anhand der entwickelten Förderkriterien.

TOP 15 Festlegung der Handlungsschwerpunkte für das Jahr 2009
Vorlage: XVI-386/2008

KAbg. Bosse erläutert die Vorlage Nr. XVI - 386/2008.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

1. Handlungsschwerpunkte für das Jahr 2009 sind:

Nr.	Politikfeldziel	Beschreibung
1.	5b)	Sicherheit durch effektiven und effizienten Einsatz der Ressourcen gewährleisten
2.	5c)	Verwaltung serviceorientiert, bürgerfreundlich und kostengünstig arbeitend gestalten
3.	5d)	Haushaltsausgleich unter Berücksichtigung der Gemeindefinanzen wiederherstellen und dauerhaft sichern.

Oberhalb der Politikfeldziele ist das mittelfristige Entwicklungsziel (MEZ):

Nr.	MEZ	Beschreibung
1.	5	Verwaltung außen- und binnenorientiert modernisieren

Handlungsschwerpunkt für das Jahr 2009.

2. Die Konkretisierung der Handlungsschwerpunkte durch Beiträge und Maßnahmen erfolgt im Rahmen der Haushaltsaufstellung und wird im Budgetplan dargestellt.
3. Die Handlungsschwerpunkte sind leitend in den politischen Sachdiskussionen.

TOP 16 Wahl einer Ersten Kreisrätin/eines Ersten Kreirates
Vorlage: XVI-387/2008

Landrat Röhmann erläutert die Vorlage Nr. XVI - 387/2008. Er weist darauf hin, dass die Stelle des Ersten Kreirates seit rund einem Jahr nicht besetzt sei. Kürzlich hätten ihn die Fraktionsvorsitzenden gebeten, die Stelle nunmehr auszuschreiben. Er danke allen Kreistagsfraktionen, der Deutschen Gesellschaft für Personalwesen e.V. und der Gleichstellungsbeauftragten Löb, die sämtlich bei dem Personalauswahlverfahren aktiv mitgewirkt hätten. Landrat Röhmann berichtet, dass es gemeinsames Ziel der vier Kreistagsfraktionen aber auch seiner Person gewesen sei, eine breite Mehrheit in dieser Personalentscheidung zu akquirieren. Alle Fraktionen hätten sich für die Erreichung dieses Ziels engagiert. Dennoch sei selbiges nicht erreicht worden. Somit werde er dem Kreistag keinen Personalvorschlag unterbreiten, da keiner der möglichen Kandidaten das breite Vertrauen dieses Organs erhalten würde. Dies tue ihm insbesondere für die Bewerber leid. Aber auch bei fast allen Kreistagsfraktionen sei diese Situation mit Enttäuschung zur Kenntnis genommen

worden. Jedoch bestehe kein Grund, Dezernentin Schäffer nicht dauerhaft die Leitung des Dezernates I zu übertragen. Landrat Röhmann informiert, dass Dezernentin Klooth während ihres bevorstehenden Mutterschutzes voraussichtlich durch einen vom Land Niedersachsen abgeordneten Rechtsassessor vertreten werde. Die Wahl eines Ersten Kreisrates solle noch vor der Kommunalwahl im Jahre 2011 erfolgen.

TOP 17 Unterrichtung durch den Landrat über wichtige Angelegenheiten (§ 57 Abs. 4 NLO)

Landrat Röhmann bittet die Kreistagsfraktionen um Benennung der Teilnehmer für die Fahrt nach Cachan.

Vorsitzender Hasselmann schließt den öffentlichen Teil um 19.30 Uhr.

Vorsitzender Hasselmann eröffnet den nichtöffentlichen Teil um 19.32 Uhr.

Vorsitzender

Protokollführer/in